

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

16.1.1930 (No. 14)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummern 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern betrachtet. Bei Anzeigen, die von der Zeitung nicht angenommen werden, ist der Anzeigende verpflichtet, die Kosten der Anzeigen zu übernehmen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Befragen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Einfuhrverbot für Papageien und Sittiche aus dem Ausland

In letzter Zeit sind unter den aus dem Ausland nach Deutschland eingeführten Papageien tödlich verlaufene Erkrankungen aufgetreten. Die Krankheitserscheinungen bestehen in Durchfall, verminderter Appetit, Mattigkeit, Schlafsucht und gestraubtem Gefieder. Die Papageienkrankheit ist in verschiedenen Fällen auf Menschen übertragen worden, von denen mehrere daran gestorben sind; allein in Berlin sind bisher etwa 20 Erkrankungen mit 4 Todesfällen bekannt geworden. Auch aus anderen Orten des Reichs sind solche Erkrankungen, zum Teil mit tödlichem Ausgang, mitgeteilt worden. Es besteht die Möglichkeit und der Verdacht, daß die Krankheit, deren Ursache und Verbreitungsweise noch nicht geklärt sind, auch auf nutzbare Haustiere übertragbar ist. Zum Schutz der Bevölkerung gegen diese Krankheit und zur Vermeidung ihrer Übertragung auf unsere Haustierbestände hat daher der Minister des Innern, einer Anregung des Reichsministers des Innern entsprechend, mit Verordnung vom 15. Januar 1930 die Einfuhr von Papageien und Sittichen aus dem Ausland bis auf weiteres verboten. Ausnahmen von diesem Verbot können nur unter besonderen Voraussetzungen zugelassen werden.

Vereinbarung über die Sanktionen Einigung über die meisten Finanzfragen

Im Haag ist am Mittwochnachmittag in der Sanktionsfrage eine Einigung erzielt worden, wodurch tatsächlich das Sanktionsrecht des Versailler Vertrags ohne Einschränkung beseitigt wurde. Während in einem Artikel des Schlusprotokolls der Weimarer Konferenz unter dem Titel 'Sanktionen' steht, daß eine deutsche Regierung durch Handlungen ihren Willen beweist, den neuen Plan zu zerstören (détruire). Aber auch für diesen Fall wird nicht das alte Sanktionsrecht des Versailler Vertrags wieder aufleben. Vielmehr muß ein solcher Schritt erst auf eine Klage von der Gläubigerseite vom Ständigen Haager Internationalen Gerichtshof festgestellt werden. Erst dann gewinnen die Gläubiger — im Rahmen des Völkerrechts und der sonst bestehenden Verträge — ihre volle Handlungsfreiheit wieder, was übrigens auch ohne eine schriftliche Fixierung dieser Frage geschehen würde. Nach dem Versailler Vertrag hatte die Reparationskommission das Recht, einen Verstoß festzustellen, für den im voraus bereits konkrete Maßnahmen vorgesehen waren. Durch die jetzige Regelung ist das Sanktionsrecht des Versailler Vertrags beseitigt. Die Befugnisse der Reparationskommission hören mit dem Tage des Inkrafttretens des Haager Abkommens auf. Alle Einschränkungen fallen also zugunsten Deutschlands fort. Der sog. 'äußerste Fall' mußte juristisch einwandfrei bestimmt werden, damit keine Verwechslung oder Vermischung mit Fällen möglich würde, die sich aus etwaigen Schwierigkeiten des Haager Abkommens selbst ergeben könnten.

Der Wortlaut der Sanktionsformel wurde am Mittwoch veröffentlicht. In dieser Formel heißt es, daß die Gläubigerregierungen die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung ihrer Verbindlichkeiten angenommen habe. — Sollte sich jedoch in Zukunft eine deutsche Regierung entgegen dem im Schlusprotokoll enthaltenen feierlichen Verpflichtung zu Handlungen herbei lassen, die ihren Willen beweisen, den Neuen Plan zu zerstören, dann wäre eine neue Lage geschaffen, der gegenüber die Gläubigerregierungen schon jetzt alle Rechtsvorbehalte machen müßten. Die Gläubigerregierungen werden jedoch, ehe sie einen Schritt unternehmen, zum Zwecke der Feststellung der Tatsache, eine international anerkannte Instanz anrufen und würden dementsprechend den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag mit dieser Frage beauftragen. Die Gläubigerregierungen seien davon überzeugt, daß der in Frage stehende Fall niemals eintreten wird. Aber sie betrachten es als eine Pflicht ihren Ländern gegenüber, eine berechtigte Möglichkeit doch ins Auge zu fassen.

Die deutsche Regierung nimmt von dieser Erklärung der Gläubigerregierungen Kenntnis. Sie bedauert, daß eine solche Eventualität in Betracht gezogen wird, die die deutsche Regierung ihrerseits für unmöglich hält. Die deutsche Regierung ist jedoch damit einverstanden, daß eine oder mehrere Gläubigerregierungen den Internationalen Gerichtshof im Haag anrufen, und daß bei Bejahung der Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

Dr. Schacht breitet politische Ambitionen

Ein Redaktionsmitglied der 'Rheinisch-Westfälischen Zeitung' hatte im Haag mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht eine Unterredung, in der erörtert wurde, ob man tatsächlich davon sprechen könne, daß der Reichsbankpräsident in der Frage seiner Haltung zu den Haager Verhandlungen umgefallen sei und seine Prinzipien vollkommen geändert habe. Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab folgende Erklärung ab: Ich kann nicht verhindern, daß über mich Falschmeldungen verbreitet werden und daß ich angegriffen werde. Mein Standpunkt ist entgegengesetzt den Meldungen durchaus klar und von einem Umfall kann gar keine Rede sein. Ich erkläre nochmals, daß die Reichsbank sich einem neuen Gesetz selbstver-

Letzte Nachrichten

Samstag Abschluß im Haag

Die zwei noch nicht geregelten Fragen
M. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die gestrige Unterhaltung, die — wie aus dem Haag gemeldet wird — im Anschluß an ein deutsch-französisches Abendessen stattfand, das von der deutschen Delegation der französischen gegeben wurde, dauerte bis 2 Uhr nachts, ohne ein endgültiges Ergebnis zu zeitigen. Heute finden weitere Unterredungen der deutschen Delegierten mit dem französischen Finanzminister Chéron und dem Ministerpräsidenten Lardieu statt. Es handelt sich dabei um die Frage der Mobilisierung eines Teils der deutschen Schulden.

Am 12 Uhr begann dann die große Sitzung der sechs Mächte. Wahrscheinlich wird morgen, da man mit allen Einzelheiten noch nicht fertig ist, die ursprünglich für heute in Aussicht genommene Sitzung der einladenden und der eingeladenen Mächte stattfinden, die den formellen Abschluß der Gesamtsitzung bringen soll, so daß das Schlusprotokoll am Samstag unterzeichnet werden könnte. Es steht außer der Mobilisierungsfrage in erster Linie noch die Liquidierung der Vergangenheit, weil die Abkommen Deutschlands mit Neufeland und Australien bis zur Stunde feststehen, während das mit Kanada bereits fertiggestellt worden ist.

Wiederzusammentritt des Reichstags am 23. Januar

B.D.B. Berlin, 16. Jan. Die Einberufung des Reichstags ist für Donnerstag, den 23. Januar, geplant. Vorher tritt am Samstag, den 18. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, der Auktionsrat des Reichstags zusammen, um über den Termin der ersten Plenarsitzung Beschluß zu fassen.

Wiederaufnahme der Saarverhandlungen

Br. Paris, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die immer wieder verschobenen deutsch-französischen Besprechungen über die Saarfrage haben endlich gestern wieder begonnen. Es fand eine Aussprache im Arbeitsministerium mit dem Vorsitzenden der französischen Delegation, dem Minister für die öffentlichen Arbeiten, Perrot, statt, über die Dauer läßt sich in diesem Augenblick noch nicht das Mindeste mutmaßen.

Ein Jubiläum des Völkerbunds

Br. Genf, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die heutige Ausschussung des Völkerbundsrats wird voraussichtlich zu einer kleinen Jubiläumssfeier benutzt werden, da jetzt zehn Jahre vergangen sind, seitdem zum erstenmal in Paris der Völkerbund tagte. Der einzige, der an der ersten Ratssitzung teilnahm, ist der spanische Botschafter, Quiñones de Leon.

Der Reichspräsident Ehrenbürger von München

B.D.B. München, 16. Jan. (Tel.) Heute werden Oberbürgermeister Dr. h. c. Scharnagl und zweiter Bürgermeister Dr. Kühner im Auftrag des Stadtrates München dem Reichspräsidenten in seinem Palais in Berlin die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt München überreichen. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Der Stadtrat München hat am 19. November 1929 beschlossen, seiner Ehrgeltung dem Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg und v. Hindenburg, dem verdienstvollen Schützer der deutschen Heimat, dem bewährten Heerführer der deutschen Truppen, dem Vorbild treuer Pflichterfüllung in der Zeit der Not des Vaterlandes, als Zeichen der Dankbarkeit und der aufrichtigen herzlichsten Freude, die der alljährliche Erholungsurlaub des Herrn Reichspräsidenten in der Schönheit der bayerischen Heimat in unserem Lande auslöst, das Ehrenbürgerrecht von München, der Landeshauptstadt von Bayern, zu verleihen.

Änderung im englischen Kabinett

B.D.B. London, 16. Jan. (Tel.) Mehrere Blätter melden, daß eine Änderung in der Zusammenfassung des Kabinetts bevorsteht. 'Daily Express' glaubt, der Staatssekretär für die Dominions und Kolonien, Lord Balfour (früher Sidney Balfour), werde im nächsten Monat zurücktreten. An seine Stelle werde wahrscheinlich der Führer der Bergarbeiter in Wales, Vernon Bartlett, treten, der im ersten Arbeiterkabinett Generalpostmeister war.

ständig zu fügen hätte und fügen müßte. Dagegen wird der Reichsbankpräsident als solcher persönlich aus sich heraus zu entscheiden haben, ob er sich diesem Besuche fügen kann oder nicht, ob er bleibt oder geht. Ich habe durchaus keine politischen Ambitionen, und wenn mir Gelegenheiten angedeutet werden, so läßt mich das kalt. Mein Standpunkt hat sich auf jeden Fall nicht geändert.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand wird sich heute, Donnerstag nachmittag, mit dem Schacht-Zwischenfall beschäftigen.

*Die Politik der badischen Regierung

II. (Schluß)

Daß die badische Regierung nicht die Absicht hat, es bei ihrer Sparpolitik bei Worten bewenden zu lassen, beweist am besten die Stelle aus der Regierungserklärung, in welcher die Errichtung einer badischen Sparskommission angekündigt wird. Diese Kommission, die aus Sachverständigen gebildet werden soll und vollkommen unabhängig ist, wird an Hand der vergleichenden Reichsfinanzstatistik, auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien und des sonst zu beschaffenden Materials prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden für Land, Gemeinden und Gemeindeverbände jene bereits gestern besprochene, steigende Tendenz aufweisen und jedenfalls höher sind als die des Nachbarlandes Württemberg. Die Kommission soll Vorschläge für Sparmaßnahmen organisatorischer und personeller Art machen. Sie ist ermächtigt, unmittelbar Auskünfte bei den einzelnen Ministerien einzuholen.

Die Frage, ob eine Verwaltungsreform im großen Stil in Baden eintreten soll oder kann, steht voraus, daß zunächst die Reichsgesetzgebung selbst über diese Frage der Länder und Verwaltungsreform grundsätzlich zu einem Ergebnis gelangt. Bis zu einem gewissen Grade hat Baden bereits vor andern Ländern seine Verwaltung vereinfacht. Danach wird das Problem der Vereinfachung im Kleinen auch jetzt schon dauernd geprüft. Was die sogenannte Reichsreform anlangt, so wird die badische Regierung mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit Eigenstaatlichkeit gehört.

Der Auseinandersetzung mit dem Reich ist naturgemäß ein breiter Raum der Regierungserklärung gewidmet. Wir meinen, daß die badische Bevölkerung alle Veranlassung hat, dem Staatspräsidenten für seine eingehende und klare, ruhige und sachliche Darstellung der badischen Regierungssplitt im allgemeinen und der Beziehungen zum Reich im besonderen dankbar zu sein. Jeder Staatsbürger unseres Landes sollte wissen, daß sein eigenes Wohl und Wehe durch die Regelung dieser Beziehungen wesentlich beeinflusst wird. Und falls jemand das noch nicht richtig erkannt haben sollte, dann wird ihn die Regierungserklärung des Staatspräsidenten, die nicht nur überfliegen, sondern wirklich gelesen und studiert werden muß, über den wahren Sachverhalt der Dinge gründlich belehren.

Bis jetzt kann man nicht sagen, daß diese Beziehungen zwischen Reich und Baden in einer befriedigenden Weise geregelt sind. Und die badische Regierung kämpft mit einer Pflichttreue und Tätigkeit, welche die Anerkennung des ganzen Landes verdienen, für die Wahrung der Interessen der badischen Bevölkerung. Es ist möglich, daß es in unserm Lande Volksgenossen gibt, die da glauben, die Interessen unseres Grenzlandes würden im unitarischen Staat durch einen Oberpräsidenten besser vertreten werden. Die große Mehrheit unserer Bevölkerung empfindet einen solchen Glauben als naiv und begrüßt es, daß die badische Regierung mit allem Nachdruck für die Eigenstaatlichkeit Badens und für seine finanzielle Lebensfähigkeit eintritt.

Was die badische Regierung fordert, ist vor allem folgendes: Beseitigung des Dotationsystems und Reichsreform in dem Sinne, daß die Länder wieder eigene Steuern erhalten, Beseitigung aller Ungerechtigkeiten, unter denen bisher Baden hinsichtlich der Finanzregelung mit dem Reich zu leiden hatte, Auszahlung der Eisenbahnrestabfindung und Ausgleich der bei der letzten, vom Reich erzwungenen Besoldungserhöhung gegen den Willen der Länderregierungen notwendig gewordenen Mehrbelastungen. Jeder Satz, den der Staatspräsident in der Regierungserklärung zu diesem wichtigen Thema gesagt hat, verdient unsere Beachtung.

An den sogenannten 14 Punkten Hilferdings sind vom Standpunkt der Länderinteressen außer der Kritik des Dotationsystems folgende Bedenken vorzubringen: die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 75 auf 60 Proz. und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 Proz. würde die finanzielle Leistungsfähigkeit Badens weiter verringern. Das Reich berücksichtigt nicht, daß den Ländern durch die Reichsgesetzgebung dauernd neue, zum Teil sehr kostspielige Aufgaben erwachsen, und daß es unstatthaft ist, jemandem neue Aufgaben zuzuweisen, ohne seine finanzielle Leistungsfähigkeit auf der entsprechenden

Höhe zu halten. Dringend fordert die Regierungserklärung, daß die Reichsregierung die Gesetzesvorlage, die sich auf die Reichssteuerreform bezieht, diesmal den Ländern rechtzeitig zuleiten wird.

Daß die Finanzen des Reiches saniert werden müssen, ist selbstverständlich. Gleichzeitig müssen aber auch die Finanzen der Länder und Gemeinden saniert werden. Bei alledem hält die badische Regierung eine Steuererhöhung für notwendig zur Mehrung der eigenen Kapitalbildung, zur Steigerung der Produktion und demzufolge zur Minderung der Arbeitslosigkeit, zur Verminderung der Flucht deutschen Kapitals in das Ausland und zur Fortsetzung der Sozialpolitik.

Es sind vielleicht die ernstesten Stellen aus der Regierungserklärung diejenigen, die sich auf die wirtschaftliche Notlage beziehen. Mit gutem Gewissen kann allerdings der Staatspräsident darauf hinweisen, daß der badische Staat von sich aus zur Linderung der Not alles getan hat, was überhaupt in seinen Kräften stand. Und die Summen, die in diesem Zusammenhang in sehr genauer Aufstellung mitgeteilt werden, erreichen eine Gesamthöhe, die wahrlich geeignet ist, der badischen Wirtschaft die Überzeugung beizubringen, daß es jedenfalls nicht am badischen Staat und an seinem guten Willen liegt, wenn die Wirtschaft hier in der Südwestecke unter der an sich ja als unvermeidlich hinzunehmenden Grenzlandnot besonders zu leiden hat.

Bedeutung sind die Stellen der Regierungserklärung, die sich auf die Verfassungspolitik und die Außenpolitik beziehen. Von der Verfassung ausgehend, daß auch die neugebildete Regierung die seit elf Jahren verfolgte badische Politik der Stetigkeit und ruhigen Gleichmäßigkeit in gleicher Linie fortsetzen wird, enthält die Regierung das Bekenntnis zur Treue zum Deutschen Reich und zur Verfassung. Diese Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung durchzuführen, und sich für ihre Beachtung durch jedermann im Volk einzusetzen, hält die Regierung für ihre Pflicht, und sie wird nicht zögern, gebotenfalls auch mit den Nachtmitteln des Staats einzugreifen.

Außenpolitisch begrüßt die Regierungserklärung die Verständigungspolitik als das einzig wirksame Mittel zur Befriedung Europas und Deutschlands. Die badische Regierung wird infolgedessen die Reichsregierung bei Fortsetzung dieser Politik unterstützen. — Was das Verhältnis zwischen Staat und Kirche betrifft, so herrscht in Baden Frieden. Die Frage einer vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in Baden ist in das Stadium näherer Erwägungen eingetreten. Voraussichtlich wird dem Landtag noch in der laufenden Budgetperiode hierüber ein Gesetzentwurf zugehen.

Auf weitere Einzelheiten kann in dieser summarischen Besprechung der Regierungserklärung nicht eingegangen werden. Wir können nur immer wieder jedem Staatsbürger das Studium der Rede dringend empfehlen. Sie unterrichtet über die politische und wirtschaftliche Lage selbst, wie über die Pläne der badischen Regierung. Und selbst eine loyale Opposition wird wohl anerkennen müssen, daß die Regierung mit aller Treue und Sorgfalt ihrer schweren Aufgabe nachgeht, Hüterin der badischen Landesinteressen zu sein, und daß sich in allen entscheidenden Fragen nach ruhiger Überlegung wohl kaum eine andere Politik als die hier in der Regierungserklärung gekennzeichnete vertreten läßt. Vorausgesetzt, daß man überhaupt ernsthaftes Realpolitik betreiben will.

Der neue Sowjethandelsvertreter in Deutschland. Der stellvertretende Handelskommissar, Ljubimoff ist zum Sowjethandelsvertreter in Deutschland an Stelle des bisherigen Leiters der Handelsvertretung, Wegge, ernannt worden.

Folgen der kommunistischen Hetze

Vier Arbeiter bei Chemnitz erschossen

In Hartmannsdorf bei Chemnitz kam es Mittwoch nachmittag zwischen einer 100köpfigen Menge und 20 Mann Polizei zu blutigen Zusammenstößen. Dabei wurden vier Arbeiter getötet und 15 verletzt. Drei Polizisten wurden durch Steinwürfe verwundet. Die Arbeiter waren aus Chemnitz und Umgebung nach Hartmannsdorf gekommen, um gegen eine Arbeitsgerichtsverhandlung, die dort stattfinden sollte, aber abgefragt worden war, zu protestieren. Das Arbeitsgericht sollte gegen 180 Arbeiter der Firma Recenia, deren Belegschaft sich im Streik befindet, wegen angeblichen Tarifbruchs verhandeln. Bei dem Versuch der Demonstranten, das Fabrikgebäude zu demolieren, kam es zu den Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde und darauf von der Schutztruppe Gebrauch machte.

Die Kommunistenparade in Worms

Bei dem am Dienstag während der Kommunistenparade getöteten jungen Mann handelt es sich um den am 22. Mai 1915 in Worms geborenen Franz Horn. Am Mittwoch wurde mit der Säuberung der abgeriegelten Straßen begonnen. Während der ganzen Nacht spielten durch die Judengasse die Scheinwerfer der Darmstädter Schutzpolizei. Gegen den kommunistischen Abgeordneten des badischen Landtages, Müller, der zusammen mit anderen kommunistischen Demonstranten festgenommen wurde, ist richterlicher Haftbefehl erlassen worden. Es verlautet, daß Abgeordneter Müller der Führer einer ganz planmäßigen Aktion gegen die Polizei war.

Kommunistische Demonstrationen trotz Verbot

In Berlin hatten am Mittwoch trotz des Verbotes des Polizeipräsidenten die Kommunisten heute ihre Anhänger zu einer Demonstration für Lenin-Liebkecht-Luxemburg aufgezogen. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele junge Leute trugen Uniform des verbotenen Rotfrontkämpferbundes. Etwa 100 Kommunisten, darunter drei Abgeordnete, wurden verhaftet.

Zusammenstoß in Salzwedel

W.D. Salzwedel (Altmark), 16. Jan. (Tel.) Erwerbslose veranstalteten gestern abend einen Unzug durch die Stadt, an dem sich vor allem auch auswärtige Wanderburschen beteiligten. Als die Polizei die Musikinstrumente beschlagnahmte, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit den Landstreichern, bei dem die Polizei vom Summeln Gebrauch machte. Der Hauptführer Ripski aus Danzig, der mit einigen anderen Burschen verhaftet wurde, zerstückte die Einrichtung der Postzelle und verjagte, sich mit Hilfe der draußen lagernden Genossen zu befreien, was ihm aber nicht gelang.

Eine Klare-Bilanz

Im Klare-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages erstattete am Mittwoch Untersuchungskommissar Oberregierungsrat Kapoff Bericht über den Stand der gegen städtische Beamte und Ehrenbeamte eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Danach sind insgesamt 16 Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Ein Verfahren ist durch Tod erledigt. 11 Verfahren sind vorläufig durch Einleitung eines Strafverfahrens zurückgestellt. Im Gange sind Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Böf, Stadtkämmerer Dr. Lange, Stadtrat Busch, Bürgermeister Kohl und gegen Oberbauamt Jangemeister. Im Falle des Oberbürgermeisters Böf sind die mit dem Klare-Fall zusammenhängenden Vorwürfe durchwegs geklärt. Es sind jedoch noch außerdem eine Anzahl Vorwürfe gegen Böf erhoben worden, die noch der Klärung bedürfen.

Der Reichspräsident kommt in das besetzte Gebiet. Wie es heißt, ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident nach erfolgter Klärung der dritten Zone diesem Gebiet einen Besuch abstatten wird. Es entspricht jedoch entgegen anders lautenden Meldungen nicht den Tatsachen, daß der Reichspräsident bereits eine bestimmte Zusage gegeben hat, noch viel weniger kann daher die Rede sein, daß für diesen Besuch bereits ein bis in alle Einzelheiten vorliegender Reiseplan ausgearbeitet worden ist.

Der erste Transport von Deutsch-Russen nach Brasilien soll heute abgehen. Es handelt sich um 190 Flüchtlinge, die im Staate Santa Catharina in der Nähe von Blumenau und Hammonia angegliedert werden sollen. Die Ansiedlung übernimmt die Siedlungsgesellschaft Hammonia, an der hauptsächlich die Sapag und andere Schiffahrtsgesellschaften beteiligt sind.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(11. Sitzung)

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer)

Abg. Dr. Wollfard (Dem.) erstattet für den gleichen Ausschuß Bericht über den kommunistischen Antrag auf

Amnestie für politische Verurteilte

der nach Empfehlung des Ausschusses ebenfalls abgelehnt werden soll.

Eingegangen ist ein Antrag der Nationalsozialisten, der eine Amnestie für alle wegen ihrer politischen Überzeugung verurteilten Personen verlangt. Abg. Böning fordert in Begründung des ersten kommunistischen Antrages die Aufhebung des Verbotes. Große Heiterkeit entsteht im Hause, als der Redner auf die Entziehung des Wortes wegen Überschreitung der Redezeit mit der Bemerkung reagiert: „Antonie, mach Du weiter!“ Er meinte Frau Langendorf, die nunmehr die Amnestieforderung der Kommunisten für alle proletarischen politischen Gefangenen begründet.

Abg. Kraft (Nationalsoz.) macht kurze Bemerkungen zum Antrag seiner Partei. — Ohne Debatte werden alle Anträge der beiden Flügelparteien abgelehnt.

Abg. Teusch (Ev. Volksl.) begründet eine förmliche Anfrage über die unzeitgemäßen Zustände bei der

Streckenbahn Handshühheim-Weinheim

Diese Bahn sei das Geßpödt der ganzen Bergstraße. Man brauche für eine Strecke von 17 Kilometern 1 1/2 Stunden.

Ministerialrat Seeger erwidert namens des Finanzministers, daß es sich um eine Privatbahn der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft handelt, die der Reichsaufsicht unterstehe. Die Gesellschaft sei bemüht, die Elektrifizierung reiflos durchzuführen, sobald die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Wollfard (Dem.) bemerkt, daß die Abstellung der mifflischen Verhältnisse längst beschlossen sei.

Abg. Gönkel (Centr.) unterstreicht die Dringlichkeit des elektrischen Betriebes auf der Strecke Handshühheim-Weinheim. Die Regierung möge ihren Einfluß mittelbar geltend machen.

Abg. Böning (Komm.) fordert Verstaatlichung aller Verkehrsmitel.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt, man sei über die Zustände gewiß im Bilde. Der Anfrage hätte es nicht bedürft, zumal es sich nur um eine Befrage handle.

Abg. Teusch stellt einen Antrag. Das Haus beschließt, die Abstimmung auszulassen.

Zur Besprechung kommen nunmehr die

Arbeitsverhältnisse beim Schlachtfleisch

Abg. Arnold (Soz.) begründet einen diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion.

Die Regierung wird erwidert.

1. die gesamte Bauaufsicht über alle Baustellen des Schlachtfleischwerks dem Gewerbeaufsichtsamte zu unterstellen;

2. für die ganze Bauzeit einen besonderen Beamten zur dauernden Überwachung zu bestellen, der im Baugebiet seinen Dienstort hat.

Abg. Merk (Nationalsoz.) führt in einer förmlichen Anfrage Beschwerde über den Bezug ausländischen Zements für das Schlachtfleischwerk und fragt, ob der Firma Hummel ein Monopol eingeräumt sei. Er wünscht ferner Auskunft über die Zusammenfassung der Schlachtfleisch-AG., über die Charakterisierung der Arbeiten als Notstandsarbeit und über die Beschäftigung von Ausländern.

Abg. Böning (Komm.) bemängelt gleichfalls die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Schlachtfleischwerk, wie auch die Methode der Arbeitsvermittlung.

Im Auftrag des Finanzministers antwortet auf die nationalsozialistische Anfrage

Ministerialrat Seeger:

50 Prozent der Aktien der Schlachtfleisch-AG. befinden sich im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-AG. in Essen. 87,5 Prozent im Besitz des Badenwerkes, 7,5 Proz. in dem der Kraftübertragungswerke Rheinischen, 5 Proz. in jenem der Kraftwerke Laufenburg. Einen unmittelbaren Aktienbesitz hat also das Land Baden nicht. Die Regierung ist berechtigt und verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Gesellschaft die Bestimmungen des Wasserbegutzrechts innehat. Darüber hinaus hat sie kein besonderes Hoheits- und Aufsichtsrecht, insbesondere nicht über den geschäftlichen Verkehr zwischen Gesellschaft und Lieferanten. Der Finanzminister hegt indessen keinen Zweifel, daß sich die Schlachtfleisch-AG. ihrer Pflicht gegen-

Badisches Landestheater

Die Dreigroschenoper

Von Brecht-Weill

(Zur Erstaufführung des badischen Landestheaters, 17. Januar 1930.)

Musikalischer Vorbericht

Vielleicht ist es letzter Sinn dieses halben Jahrhunderts seit Wagner, daß sich die Oper zu ihren primitiven Anfängen zurückfindet, daß sie sich aus dem Luxusgeschöpf, das sie inzwischen geworden ist, wieder bescheiden wandelt in einfachste Formen. So besahen wäre auch „Die Dreigroschenoper“ zwar ein absolut neues Genre, sondern nur und fast zwangsläufig ein durch den Gestaltungswandel bedingtes Produkt, aber immerhin eben Zeittheater.

Man kann das beinahe aus dem ersten Sätzen erspüren, den sie schon einmal erlebte, ablesen. Denn 1727 war diese Beggar's opera in ihrer englischen Fassung ebenfalls und unter ziemlich genau gleichen Umständen wie heute ein Protest gegen artistische Gelehrsamkeit, gegen monumentale Negitative und grandiose Arien. Der Kampf ums Dasein der Oper galt damals freilich Gängel, der in seinen Opern, die sich von Oratorien kaum unterscheiden, italienische Elemente oder richtiger: Eigentümlichkeiten des Reapler Stiles einführte. Doch gerade das gewöhnliche englische Theaterpublikum, sonst so zufrieden, auf der Bühne seine alten Volkslieder, wenn auch zuweilen mit neu unterlegtem frivolen Text zu hören, fand sich in solchem Wust von dicken Harmonievolten, endlosen Koloraturschleppen und tief melancholischen Klagegesängen nicht zurecht. Diese aristokratische und zudem so italienfreundliche Kunstgattung war ihm zuwider, es verlangte seine erdgewachsenen Melodien zurück, es wollte die lieben Gestalten der 17. realistischen Bauernkomödien wiedersehen, ohne im Dunkel jener Epoche zu ahnen, daß auch diese springenden und spottenden Figuren größtenteils einmal aus Italien herübergewandert waren.

Zimmerlin, als John Gay sich den Satz zu eigen machte: „Traurigkeit schadet der Gesundheit“, waren ihm mit der Angriffsrichtung gegen alles Pathetische auch schon Stoff und Form seiner Ballade-opera eingefallen. Nicht nur ließ er bloß kleine Leute für seine kleinen Leute agieren, auch die beigegebene Musik ward das Resultat einer jeder Operntrag-

abgeleiteten Unterhaltung, ja bei manchen Volksliedern verfuhr er so, daß er nur die einstimmigen Noten und den neuen Text drucken ließ, die Begleitung sollte sich jeder selbst dazu machen. Man kann daher diese populärste Art der Unterhaltung mit den untersten Schichten nicht einmal gut Singpiel nennen, trotzdem schlug gleich die erste Aufführung wie eine Bombe ein, und dumpfe Erregung lösten sowohl die wenigen musikalischen Knotenpunkte wie auch die szenische Ironie des Ganzen aus.

Die letztere übrigens vor allem und so ergiebig, daß auch die beiden Neubearbeiter noch ihre Früchte pflücken können. Zweifellos reist gegenwärtig wie vor 200 Jahren das besondere Milieu, der von viel sentimentale Kitsch und Kläuberromantik umwobene Streik einer Bettlerbande mit einer Einbrecherbande, eine bestimmten Publikumszone stark an, und dessen trefflicher Schilderung ist schon für das Original eigentlich nie temporäres Gemüts gewesen. Will man es nun des näheren dramatische Geladenheit oder theatralische Unmittelbarkeit nennen, Hauptfrage daran jedenfalls bleibt, daß Apachen und Dirnen auftreten, in ihrer ehesten Verbrecherprache reden und doch durch eine Musik, die alle Grenzen zwischen Tragik und Humor aufhebt, mit ihren Gaunerstreichen und ihrer Prostitution wieder verjöhnen. Man sagt Bert Brecht nach, er habe manches ursprünglich mehr symbolisch Gemeinte beiseitegeschoben und in seiner textlichen Neufassung stärker ein Soziales betont, auch dies mag wahr sein, doch der längst verdiente Verbreitung wurde sicherlich damit nicht beträchtlich nachgeholfen, die lag und liegt im gesamten Charakter eben begründet und bleibt als sehr realer Theaterkomplex von leichten Netzen unabhängig.

Anders natürlich bei der Musik. In London holt man wohl dann und wann die alte Partitur hervor, und sie gefällt, weil man dort die 17. Melodien noch kennt. Für deutsche Vorstellungen war dagegen gründlichste Umarbeitung zu leisten, und wenn beim Text eine modernisierte Redaktion genügte, so mußte hier wirklich Neues geschaffen werden, um für ein Volkstüm mit Couplets und mit bestimmtem Kabarettenschlag das richtige „Milieu“ zu treffen. Kurt Weill ist unter den zeitgenössischen deutschen Komponisten wohl derjenige, dem man am besten für das halb reuechste, von Bild zu Bild improvisierte Geschehen eine glaubwürdige Vertonung teils in Jazzbandmanier, teils in häckelfängerischen Leierkasteninstrumenten zutrauen darf. Ähnliches hat er ja schon in der Buffooper „Der Jar läßt sich fotografieren“ und in „Royal

Palace“, vor allem aber in „Mahagonny“ bewiesen, worin das Tanzhafte sich ebenso stillbildend auswirkt, wie sich zugleich ein aus der Zeit abstrahierter Typus des Songs gegen jede dramatisch ausholende Melodik höchst lebendig behauptet. Aber trotzdem auch bei ihm fast alle die bejungenen Moritäten gleich mitsummen können und deswegen keine Musik wiederum eine Gebrauchskunst von stärkerer Gegenwartsbezogenheit genannt zu werden verdient, auch der widerstrebenste Besucher muß anerkennen, daß namentlich die drei Finales sich zu ungewöhnlich bedeutamen Manifestationen zusammenschließen, die mehr als eine Parodie der großen Oper in dieser infernalischen Armeleuts-Valle sind und einem kommenden Neuaufstieg der Operette in ihrer geistreichen und witzigen Art direkt den Weg vorzeichnen.

Jedenfalls erscheint es durchaus berechtigt, das Werk der beiden Autoren, die übrigens Badener von Geburt sind (Brecht stammt aus Achem, Weill aus Heidelberg), wenigstens dem aktivierten Teil unseres Publikums vorzuführen.

Prof. Hans Schorn.

Personalabbau beim Mannheimer Nationaltheater. Das Städtische Nachrichtenamt Mannheim beschäftigt nunmehr die Namen der Künstler, deren Verträge infolge der Einsparungen im Etat des Nationaltheaters nicht mehr erneuert werden. Es sind dies: In der Oper: Hans Wähling, Boris Greberus, Adolf Kollgen, Werner Maedel, Edith Maerker, Luise Müller, Margith Stöhr, Siegfried Tappolet, Theo Ziegler (Korrepitor). Im Schauspiel: Trude Hoch-Schönleber. Die Stelle der verstorbenen Schauspielersin Elise de Lanf kann nicht mehr besetzt werden. Bereits anderwärts verpflichtet sind die folgenden Mitglieder der Oper: Theo Herzman, Nora Landreich, Erna Schüller. Weiterhin werden folgende Stellen eingepart: Beim Chor und beim Orchester je eine Stelle, beim technischen Personal sechs Stellen, bei der Verwaltung und beim Hauspersonal je zwei Stellen.

Stiftung für das Nationaltheater Mannheim. Ein Mannheimer Bürger, der nicht genannt sein will, hat dem Nationaltheater den Betrag von 2500 M zur szenischen Neuausstattung der Oper „Manon“ von Rucini zur Verfügung gestellt. Er hat daran die Erwartung geknüpft, daß sein Vorgehen die Anregung zu weiteren Stiftungen aus den Kreisen der Mannheimer theaterliebenden Bürgerschaft geben möge.

über den deutschen Interessen bewahrt ist. Dafür bietet schon die Zusammensetzung eine Gewähr.

Die Regierung kann sich über ihren Beauftragten im Badenwert über die Vorgänge im Aufsichtsrat informieren. Es geht aber nicht an, damit ohne Zustimmung der Gesellschaftsorgane an die Öffentlichkeit zu treten. Zu den Zementlieferungen hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Schluchsee-AG. in der Presse Stellung genommen. Diese Ausführungen treffen zu. Es wurden auf ein günstiges Angebot größere Mengen Hochofengement in einem lothringischen Werk bestellt, nachdem es sich als unmöglich erwies, die notwendigen Mengen bei deutschen Firmen zu decken. Der Regierungsvertreter fährt fort, daß den Kleinbauern und ihren Söhnen nicht die Möglichkeit genommen wurde, am Schluchseewerk zu arbeiten. Die höchste Belegschaft betrug 2500 Köpfe, darunter 1227 Notstandsarbeiter. Am 11. Dezember 1929 gab es bei einer Gesamtbelegschaft von 2270 Köpfen nur noch 677 Notstandsarbeiter. Unter den freien Arbeitern befinden sich reichlich Einheimische. Die Zahl der beschäftigten Ausländer soll auf das geringste Maß herabgedrückt werden. Es handelt sich dabei meist um Mineure, die in Deutschland kaum oder nur sehr schwer zu bekommen sind.

Oberregierungsrat Emele gibt Aufschluß über die Untersuchungsresultate des Gewerbeaufsichtsamts, die zum Teil berechtigt, zum Teil übertrieben seien.

Zu der **Ausprägung**

unterstreicht
Abg. **Heurich** (Zentr.) die Bedeutung des Schluchseewerkes für die badische Wirtschaft und die Notwendigkeit, alle Wege zu beschreiten, die die Arbeitslosigkeit herabzurücken geeignet sind. Was über die Zustände am Schluchseewerk gesagt wurde, findet der Redner auf Grund eigener Beobachtungen weit übertrieben. Vor lauter Übertreibung sehe niemand mehr Klar. Wollte man aber Mißstände abstellen, so dürfe man nicht, wie es die Kommunisten tun, die gewerkschaftliche Arbeit fällen. Das Gewerbeaufsichtsamts sollte seine Tätigkeit am Schluchseewerk in zwei Hälften teilen und eine abwehrende Kontrolle ausüben. Die Verordnungen könnten verbessert werden.

Abg. **Rufbaum** (Sozdem.) glaubt, den Nationalsozialisten vorhalten zu müssen, daß sie die Interessen des Zementkapitals vertreten. Die Zustände hinsichtlich der Verordnungen seien unhaltbar. Die Kontrollen müßten unangemeldet erfolgen.

Abg. **Sabernoch** (D.Nat.) ist der Ansicht, daß auch die deutsche Zementfabrikation hätte berücksichtigt werden müssen. Die Regierung möge ihren Einfluß auf die Leitung der Gesellschaft, und sei er noch so gering, in der Richtung geltend machen, daß in erster Linie die deutsche Industrie herangezogen wird. Mit der Bestellung eines Spezialaufsichtsamts kann sich der Redner nicht befremden. Die Kontrolle lasse sich sehr wohl auf andere Weise durchführen.

Der **Präsident** gibt bekannt, daß die Sozialdemokraten den Galbsab: „der im Schluchseegebiet seinen Dienst hat“, zu freieren bereit sind.

Abg. **Sorn** (D.Vp.) fordert, daß die heimische Industrie soweit als möglich berücksichtigt wird. Die Regierung möge in Zukunft ein wachsameres Auge auf die Bestellungen haben.

Abg. **Sofhsing** (Dem.) meint, daß wir in Deutschland technisch sehr wohl in der Lage seien, den Zement für die Wasserbauten zu liefern. Über den ganzen Bau des Schluchseewerkes bestimme vorbehaltlos die Gewerbeaufsicht.

Abg. **Sermann** (Wirtsch. u. Bauernp.) betont die Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß bei einem so großen Werk soweit nur irgend möglich, deutsches Material verwendet wird. Auch würden Vorkontrollen auf ausreichenden Schutz von Leben und Gesundheit des Arbeiters lebhaft unterstützt.

Staatspräsident Dr. Schmitt äußert sich als Finanzminister zu einer Reihe in der Debatte aufgetauchter Fragen. Er stellt fest, daß der Süddeutsche Zementverband selbst ausländischen Zement angeboten hat. Das Geschäft kam infolge des verlangten höheren Aufschlages nicht zustande (Sört! Sört!). Im übrigen läßt der Minister keinen Zweifel darüber, daß er inländische Ware vorzieht. Wenn man zu dem lothringischen Werk gegriffen habe, so geschähe es wegen der Schwierigkeiten, die wegen des Zeitpunktes der deutschen Lieferungen entstanden waren.

Minister des Innern Wittenmann erklärt, daß auf strenge Einhaltung der Schutzvorschriften gesehen wird. Die Schutzmaßnahmen seien in erster Linie Sache der Unternehmer. An Unfällen trügen sehr oft die Beteiligten selbst Schuld.

Die Kommunisten beantragen, um nochmals sprechen zu können, Verlängerung der Redezeit. Dies wird abgelehnt (Zurufe der Abg. Wöning und Bock, die dafür zur Ordnung gerufen werden).

Der sozialdemokratische Antrag findet darauf mit der erwähnten Streichung mit großer Mehrheit Annahme.

Es kommt zu einer kurzen **Geschäftsordnungsdebatte.**

Abg. **Dr. Fähr** (Zentr.) schlägt vor, alle sonst vorliegenden Materien bis zur Erledigung der einschlägigen Budgettitel aufzuschieben.

Die Abg. **Sofhsing** (Dem.) und **Bock** (Komm.) wenden sich dagegen.

Das Haus beschließt mit Mehrheit im Sinne Dr. Fährs. Gegen 1/2 Uhr verläßt sich der Landtag auf Donnerstag, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: **Allgemeine politische Aussprache.**

Badischer und württembergischer Schwarzwaldberein

Nach einer Mitteilung des Verwaltungsausschusses des Badischen Schwarzwaldbereins sind die auf den Zusammenschluß gerichteten Verhandlungen des Badischen und des Württembergischen Schwarzwaldbereins fürs erste als gescheitert zu betrachten, da das durch eine gemischte Kommission ausgearbeitete Gemeinschaftstatut von der außerordentlichen Hauptversammlung des Württembergischen Schwarzwaldbereins einstimmig abgelehnt wurde. Der badische Verein überläßt es nunmehr dem württembergischen, zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt etwaige neue Verhandlungen über die Verschmelzungsfage anzuzugehen.

Zwölf Kommunisten wegen Landfriedensbruchs angeklagt

Vor dem Schöffengericht Heidelberg beginnt am Freitag ein Prozeß gegen 12 Kommunisten aus Mannheim, Ludwigshafen und Umgebung, die am 14. Juli vorigen Jahres bei der Brücke Schlierbach-Biegelhausen vier Angehörige der Mannheimer Hitlerjugend, 11 Anhänger des Bismarck und sechs Damen der Opfergruppe des Mannheimer Bismarck überfielen und ihnen Ausrüstungsgegenstände abnahmen. Der Haupttäter ist ein gewisser Hermann Friedrich Jöhle aus Mannheim, der geschäftlich war und in Berlin-Banlow verhaftet werden konnte. Die übrigen 11 Angeklagten befinden sich auf freiem Fuß. An dem Überfall selbst waren etwa 30 bis 50 Personen beteiligt, die sich bei der Grundsteinlegung des Kinderheims der Internationalen roten Arbeiterhilfe befanden. Zu dem Prozeß, der voraussichtlich am Samstagvormittag zu Ende gehen dürfte, sind insgesamt 36 Zeugen geladen.

Grundsteinlegung

Der „Neuen Universität“ in Heidelberg

Mittwoch mittag wurde in den Rektoratsräumen des alten Kollegienhauses in Heidelberg auf einem mit dem Gipsmoßel Schürmans und dem Senatspräsidenten geschmückten Tisch durch den Unterrichtsminister Dr. Remmel, Oberregierungsrat **Reichmann**, Prof. **Amberger**, Landrat **Kiefer**, dem amtierenden Rektor **Gottschlich**, den Architekten Prof. **Gruber** (Danzig), Oberregierungsrat **Ruhn**, Staatsrat **Thomas** und Hochschulreferenten feierlich die Stiftungs- und Grundsteinsurkunde für die durch die amerikanische Spende ermöglichte „**Neue Universität Heidelberg**“ unterzeichnet. Zuvor wurden Begrüßungsgramme an den Reichspräsidenten, den badischen Staatspräsidenten und den früheren amerikanischen Botschafter Schurman, ferner Antworttelegramme des badischen Staatspräsidenten, des Reichspräsidenten sowie des Reichsaussenministers Dr. Curtius verlesen.

Die **Urkunde** ist von Geheimrat Prof. **Ranzler**, und deren Handmalerin von Fräulein von **Boeber** ausgeführt. Zugewesen waren u. a. der engere Senat, Vertreter der Bauhütte und des Allgemeinen Studentenausschusses. Nachdem die pergamene Grundsteinlegungsurkunde zusammen mit der Stiftungsurkunde in eine Kapsel gelegt und diese verlost worden war, begaben sich die Teilnehmer unter Vorantritt der Bedelle und in Begleitung von Chargierten in feierlichem Zuge zu der nahegelegenen Kaufhalle, dem Gelände des abgebrochenen Kollegienhauses, die durch Gärten und Pflanzungen in den Reichs- und Landesfarben geschmückt war. Auf dem Universitätsplatz bildeten die Korporationen in Weiss Spalier. Die umliegenden Gebäude trugen Fahnenzucht. Die Urkundenkapsel wurde feierlich in dem Grundstein des neuen Kollegienhauses eingeseigt.

Dabei hielt der **Rektor** der Universität eine Ansprache, in der er den Wunsch aussprach, daß die neue Universität auf lange Jahrhunderte hinaus eine Wehrerin des alten Ruhmes unserer treuen Alma mater, unverbrüchlich gewidmet neuer Forschung und ernster Lehre sei für alle Zeiten, durchwaltet von deutschem Geiste und übertrahlt von der Seele der Menschheit. Der Grundstein sei ein bewährter Stein, der schon dem bisherigen Kollegiengebäude als Grundstein gedient habe. Möge er ein Markstein werden für eine neue glückliche Zukunft unserer altbewährten Ruperto Carola. Der Rektor wies darauf den Grundstein mit dreifachen Hammer Schlag als festen Grund einer Stütze freier, deutscher Wissenschaft, als Gestein starken und stetigen Ausbaues unseres Reiches, als Markstein glücklicher und segensreicher Entwicklung im Dienste der Menschheit.

Weitere Hammerschläge vollführten mit entsprechenden Widmungsworten Bürgermeister **Amberger**, Prof. **Dr. Gruber** und der erste Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses.

Die Urkunde für den Grundstein hat folgenden Wortlaut:

Die Universität Heidelberg legt am heutigen Tage im 545. Jahre ihres Bestehens feierlich den Grundstein zu einem Gebäude, das den Festsaal der Universität und die Vorlesungsräume der Geisteswissenschaften umfassen und nach Beschluß des Senats den Namen „**Neue Universität**“ tragen soll. Der Bau wird sich an Stelle des nunmehr abgerissenen Neuen Kollegienhauses erheben, das der Universität seit 1904 als Sörsaal und Seminargebäude gedient hat. Ihren alten Räumen, seit langem zu eng geworden für den dauernd wachsenden Zustrom lehrbegieriger Jünger, haben die Kriegsjahre und ihre harte Folgezeit die notwendige Erweiterung nicht gönnen wollen. Ein alter Schüler und treuer Freund der Ruperto Carola, seine Ergelzenz, Herr C. Gould **Schurman**, Botschafter der Vereinigten Staaten zu Berlin, hat, in Dankbarkeit der wissenschaftlichen Förderung gedenkend, die er in Heidelberg im bildamer Jugend empfangen, einen Kreis erlesener Männer in seiner amerikanischen Heimat veranlaßt, der Universität die Mittel für den Neubau bereitzustellen, dessen Grundstein wir heute legen. Erfurcht vor der Wissenschaft und aufrichtige Friedensliebe errichten dies Haus im nahen Zusammenwirken zweier großer Nationen, die noch im Weltkriege einander gegenüberstanden. Daß der Geist, der es schuf, für immer seine Räume durchwaltet, ist der aufrichtige und dringende Wunsch derer, die heute seinen Grundstein weihen. Möge die deutsche Wissenschaft in ihm frei, wahr und gerecht in allen ihren Aufzügen dem Fortschritt menschlichen Erkennens und Lebens dienen, zu Ehren der alten, ruhmreichen Universität Heidelberg, zur Ehre unseres deutschen Vaterlandes und der großherzigen Stifter des Hauses aus der befreundeten amerikanischen Nation.

Telegrammwechsel mit dem Staatspräsidenten

Der **Rektor** der Universität Heidelberg hat aus Anlaß der Grundsteinlegung der neuen Universität dem Herrn Staatspräsidenten folgendes Telegramm zugehen lassen:

„In der feierlichen Stunde der Grundsteinlegung unserer neuen Universität entbieten Rektor und Senat dem Herrn Staatspräsidenten Badens, der, durch bringende Staatsgeschäfte verhindert, leider heute nicht selbst in unserer Mitte weilen kann, und der gesamten hohen badischen Regierung ehrerbietige Grüße und den Ausdruck unseres tiefsten Dankes für alle unserer Universität auch in schwerster Zeit bewiesene Fürsorge. Wir erneuern das Gelübnis treuer Arbeit im Dienste unserer badischen Heimat und unseres gesamten deutschen Vaterlandes.“
Gottschlich, Rektor, Universität Heidelberg.

Das Antworttelegramm des Staatspräsidenten lautet:

„Euer Magnifizenz sowie dem Senat der Ruperto Carola danke ich für die der Staatsregierung überbrachten Grüße und das Gelübnis treuer Arbeit im Dienste der badischen Heimat und des deutschen Vaterlandes. Ich verbinde damit aufrichtige Glückwünsche für das heute begonnene große Werk sowie die Weiterentwicklung der altberühmten Stätte der Wissenschaft in aller Zukunft.“
Dr. Schmitt, Staatspräsident.



Wenn Sie ausgehen: Stets Wyber mitnehmen, leicht ist eine Erkältung da, schwer sind die Folgen.

Wagnel
In Apotheken und Drogerien RM. 1,25 und 70 Pfg.

Wechselseitige Brandhilfe zwischen Württemberg und Baden

Die Verwaltungskommission der württembergischen Zentralkommission zur Förderung des Feuerlöschwesens beabsichtigt die Einleitung von Verhandlungen wegen wechselseitiger Brandhilfe zwischen Württemberg und Baden. Augenblicklich finden bereits Besprechungen statt. Nach den zu treffenden Vereinbarungen soll weder für die persönlichen Dienste noch für die Kosten der Hin- und Rückbeförderung der Löschgeräte eine Entschädigung verlangt oder gewährt werden.

Handelshochschule Mannheim

Die Zahl der im Wintersemester 1929/30 neu aufgenommenen Studierenden beträgt 129 gegen 66 Studierende im letzten Wintersemester. Die Gesamtzahl der zum Studium ortsanwesenden Studierenden beträgt für das Wintersemester 1929 bis 1930 505 gegen 480 im Sommersemester 1929 und 472 im Wintersemester 1928/29, dazu kommen noch 52 Studierende, die vom Studium für das Wintersemester beurlaubt sind. Die Zahl der Hörer beträgt 700 gegenüber 580 und 460 in den vorigen Semestern. Insgesamt sind im Wintersemester 1929 bis 1930 1205 Studierende und Hörer eingeschrieben (gegen 1059 im Sommersemester 1929 und 920 im Wintersemester 1928/29).

Aus der Landeshauptstadt

Todesfälle. Der früher Leibarzt des Großherzogs Friedrich II., Geh. Hofrat Dr. **Karl Doll**, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. — Ferner starb im Alter von nahezu 66 Jahren der Inhaber der bekannten Karlsruher Eisenbetonfirma, Fabrikant **Josef Krapp**.

Karlsruher Verkehrsverein. Der hiesige Verkehrsverein hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig den Verbandsdirektor **Steinel** zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt.

Forderungen des A. D. B. Im Friedrichshof in Karlsruhe fand eine von dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einberufene Versammlung statt, in der Landessekretär **Flücht** einen Vortrag über das Thema „Wirtschafts- und beamtenpolitische Notwendigkeiten in Reich und Staat“ hielt. Er stellte an den Landtag eine Reihe von Forderungen, die kurz folgendes bejagen: Einführung der 45stündigen Arbeitswoche in allen Staatsdienststellen ab 1. April 1930, Einführung der durchgehenden Dienstzeit mit Einbindung einer kurzen Mittagspause, Bereitstellung von 500 000 Reichsmark zur Unterstützung des Wohnungsbaues als Darlehen an Arbeitnehmer des badischen Staates zu denselben Zins- und Amortisationsbedingungen wie bei der Gauszinssteuer, Bewilligung von 100 000 M als Zuschüsse für Fortbildungseinrichtungen; schließlich werden Reformen im Stellenplan, besonders im Sinne besserer Aufzuchtsmöglichkeit verlangt.

Ein Sportflugzeug in den Rhein fliegen abgefeuert. Auf dem Rückflug über Frankfurt-Mannheim, auf dem er auch seine Heimatstadt Germersheim überflogen hatte, stürzte in den Mittagsstunden des Mittwoch ein Sportflugzeug von der württembergischen Fliegerschule in Böblingen aus sehr geringer Höhe in den Karlsruher Rhein. Nach herbeieilender Hilfe fand den 20jährigen Piloten, **Walter Sauer** aus Germersheim, im Führerhaus, der bei dem niederen Wasserstand aus dem Wasser ragte — das Flugzeug lag Kopfstand im Wasser — mit schweren Verletzungen bewußlos auf. Er hatte in etwa 20 Meter Höhe den Rhein fliegen umkreist und nach einem Notlandeplatz gesucht. Beim Gleitflug blieb das Flugzeug in einer Koppelgruppe hängen, so daß das Flugzeug kopfüber in das Wasser stürzte. Sauer ist noch am Abend im Städtischen Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Wegen Kontursvergehens verurteilt. Wegen Kontursvergehens, Untreue, Unterschlagung und Betrugs verurteilte das Karlsruher Schöffengericht den Kaufmann **Emil Dietz** aus Mannheim zu acht Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte, als Geschäftsführer der Porobronzevertriebs-G. m. b. H. in Baden-Baden, über die im Jahre 1927 der Konturs bereinigt, die Bücher derart mangelhaft geführt, daß sie einen Überblick über Aktiva und Passiva nicht ergaben. In der Zeit von 1925 bis 1927 hat er aus der Geschäftskasse insgesamt 43 000 M veruntreut. Ferner hat er durch betrügerische Machenschaften zum Nachteil zweier Banken sich Kredite verschaffen gewußt. Die wegen Beihilfe mit angeklagte gewesene Ehefrau des Angeklagten wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Zu der Ergreifung des D-Zug-Diebes wird berichtet, daß in der Untersuchungsstelle der Bahnpolizei im Frankfurter Hauptbahnhof nicht weniger als 500 Gegenstände ausgehoben sind, zu deren Befichtigung die Interessenten aus nah und fern erschienen. Reisende aus Stuttgart, Marburg, Düsseldorf, aus Konstanz usw. finden sich ein, um aus den reichen „Beständen“ des D-Zug-Diebes ihr Eigentum herauszufinden. Nach den Eigentümern kostbarer Dinge, einer ganzen Kollektion goldener Uhren, Glöckchen mit silbernen Bestecken usw. wird noch gesucht. Der Verhaftete gehörte früher der Hamburger Schutzpolizei an.

Badisches Landestheater. „Die Dreigroschenoper“, ein Stück mit Musik nach dem Englischen des John Gay von Bert Brecht und Kurt Weill, gelangt in der Sondermiete des „Zeittheaters“ am Freitag, dem 17. Januar, zur Erstaufführung. Die Hauptrollen sind mit den Damen Vertram, Jani, Rabenmacher und Ziegler und den Herren Brand, Gemmede, Graf, Herz, Kloebe, Müller, Rehner, Prüter und Schulz besetzt. Felix Baumbach setzte das Stück in Szene. Die musikalische Leitung (am Flügel) hat **Joseph Keilberth**. Die Bühnenbilder erstellte **Torsten Hecht**, die Kostüme **Margarete Schellenberg**.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Kühle maritime Luft hat uns gestern abend erreicht und seither anhaltenden und besonders in der Höhe ergiebigen Regen verursacht. In den höchsten Gebirgslagen ist der Niederschlag nachts bei Temperaturen um Null in Schnee übergegangen. Mit dem Vordringen der kühleren Luft hat in Mitteleuropa ständiges Steigen des Luftdrucks eingesetzt und zum Aufbau eines Zwischenhochs geführt, nach dessen Ostwärtsverlagerung uns die Vorderseite eines neuen atlantischen Tiefs nachlassen der Niederschläge und Aufheizung bringen wird. Abgesehen von leichtem Strahlungsfrost in der Nacht wird daher die milde Witterung auch morgen noch anhalten. **Wetterausichten:** In Aufklarungsgebieten leichter Nachtfrost, tagsüber weiterhin mild bei leichten südlichen Winden, zeitweise heiter und trocken.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Januar		15. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.11	168.45	168.16	168.50
Kopenhagen 100 Kr.	111.90	112.12	111.88	112.10
Japan . . . 100 J.	21.88	21.92	21.89	21.93
London . . . 1 Pf.	20.359	20.399	20.359	20.399
Paris . . . 100 F.	4.1820	4.1900	4.1815	4.1895
Neu York . . 1 D.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	60.99	61.05	60.94	61.10
Wien 100 Schilling	58.83	58.95	58.80	58.92
Prag . . . 100 Kr.	12.368	12.388	12.372	12.392

Mangels Kasse eingestellt. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gewerbetriebe Bruchsal, Gerhard Dollen, Möbelhaus in Bruchsal, wurde mangels Kasse eingestellt.

Die Redarschiffahrt im Dezember. Mit der Beförderung der Wasserfahrzeuge konnte zu Beginn des Monats Dezember die seit 26. Juli stillgelegte Fernschiffahrt auf dem Neckar wieder aufgenommen werden. Vom Neckar kamen im Mannheimer Hafen an zwei Güterboote und 18 Schleppfähnen mit 3188 Tonnen, nedaraufrwärts fuhren 2 Güterboote und 35 Schleppfähnen mit 4265 Tonnen Gütern, darunter zum ersten Male ein Rheinfahrer.

Konkursgefahr der Frankfurter Allgemeinen? In der ersten Gläubigerversammlung in Frankfurt a. M. haben die ausländischen Gläubiger recht beträchtliche Forderungen geltend gemacht. Der vorgeschlagene Wahl eines den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Gläubigerausschusses widersprachen sie heftig. Die Verwaltungsbanken der Fabrik hätten es bisher auf ihr Gewissen nehmen können, ohne Mitwirkung der Gläubiger die Abwicklung zu betreiben und eine Revisionskommission zu wählen, die sozusagen in eigener Sache revidierte. Diese Banken müßten auch jetzt allein dafür sorgen, daß es zu einer erträglichen Lösung der ganzen Fabrik-Angelegenheit komme. Es sei ihre rechtliche wie moralische Verpflichtung, den Gläubigern einen anständigen, von Bankseite garantierten Vergleich zu präsentieren. Eine Quotenföschung von 21,5 Proz. müsse als ein Kinderstübchen bezeichnet werden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Reises, kündigte eine bis ins einzelne gehende Haftbarmachung aller verantwortlichen Organe des Konzerns an. Der Vertreter einer englischen Gläubigergruppe bemerkte, daß der Verkauf des Versicherungsgeschäftes an die Allianz, wie er Ende August vorgenommen worden sei, nichts anderes als die Verschönerung des wertvollsten Aktivums der Fabrik an eine Gruppe bedeute, an der die Verwaltungsbanken der Fabrik ebenso maßgebend beteiligt seien. Dieser Schachzug der Berliner Großbanken sei eine mit allen Mitteln erzwungene Vernichtung lebensfähiger und bodenständiger Wirtschaftszweige in der Provinz zugunsten des Berliner Platzes. Die zentralistische Tendenz auch der deutschen Großbanken träte hier wieder einmal deutlich zutage. Der Vertreter des Reichsaufsichtsamtes fürchte aus, daß die Frage, ob in aller nächster Zeit ein Konkurs über die Fabrik verhängt werden müsse, von einem Spruchkollegium entschieden werde. Schließlich wurde ein 15köpfiger Gläubigerausschuß bestimmt, dem laufend über die Abwicklungsvorgänge Bericht erstattet werden soll. Der Fabrik wird eine Frist bis zum 15. März d. J. gestellt. Bis dahin muß ein bindiger Vergleichsvorschlag vorliegen.

Opel will 14 000 Arbeiter beschäftigen. Wie das „Groß-Gerauer Tageblatt“ meldet, soll die Gesamtbelegschaft der Opelwerke im Laufe des Jahres 1930 auf ungefähr 14 000 Personen gebracht werden.

Diskontherabsetzung in Holland. Die Niederländische Bank hat den Wechseldiskont auf 4 Proz. herabgesetzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein gerichtliches Nachspiel zu dem Feuerwehretwahl in Guchenfeld

D3. Pforzheim, 15. Jan. Die Vorgänge bei dem kürzlich vorgekommenen Brand in Guchenfeld (bei Pforzheim), bei dem ein Gendarmeriewachmeister von einem Guchenfelder Bürger mit einem Feuerwehretwahl einen Schlag auf den Kopf erhielt, und bei dem die Mitglieder der Pforzheimer Wehrelinie, die eingreifenden Gendarmeriebeamten und das Bezirksamt Pforzheim beleidigt wurden, hatten ein Nachspiel vor dem Pforzheimer Schöffengericht.

Zu fast zweiseitiger Verhandlung wurden die notwendigen Zeugnisaussagen aufgenommen, und das Schöffengericht verurteilte sämtliche 13 Angeklagte, von denen drei wegen erschwerter Körperverletzung, Widerstand, Gefangenenerleichterung und Beleidigung angeklagt waren. Unter den Verurteilten befindet sich der stellvertretende Bürgermeister von Guchenfeld, der Feuerwehretwahl und sechs Gemeinderäte von Guchenfeld. Die drei Hauptschuldigen erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten, 1 Monat und 2 Wochen, während die anderen 10 Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 120 M verurteilt wurden. Die ganze mühselige Angelegenheit scheint dadurch entstanden zu sein, daß die Pforzheimer Wehrelinie den Brand schneller löschte, als es den Guchenfeldern angenehm war (1). Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer u. a. aus, daß im Jahre 1928 im Pforzheimer Bezirk nicht weniger als 10 Millionen Reichsmark von der Brandflamme bezahgt werden mußten.

D3. Baden-Baden, 15. Jan. Gestern fand die Versteigerung des bekannten Hotels „Europäischer Hof“ statt. Dieses ging in den Besitz der Firma M. Weil, Weinhandlung in Reustadt a. d. S. über. Beteiligt sind außerdem Münchener und Straßburger Geldgeber.

Freiburg, 15. Jan. Die Staatsanwaltschaft Freiburg ersucht alle Personen, die Pfingsten 1928 auf den Höhenwegen zwischen Furtwangen, Titisee, Hintergarten Bahnhöfen von dem verbotenen Pfaff in Furtwangen gemacht haben, diese mitzuteilen. Ein besonderes Kennzeichen Pfaffs ist, daß sein rechtes Auge gestört ist und durch ein Glasauge ersetzt wurde. Um diese Verletzung des rechten Auges zu verdecken, trug Pfaff bei seinen Überfällen auf Frauen und Mädchen fast immer eine schwarze Maske. Gerichte, die wissen wollen, Pfaff sei als Weichtannmörder bereits überführt, stimmen nicht.

St. Blasien, 16. Jan. Vor dem Amtsgericht St. Blasien kamen am Mittwoch zwei große Uhrenschmuckstücke zur Verhandlung. Angeklagt waren der Uhrenfabrikant Robert Kaufmann aus Biel i. d. Schweiz, der in den Jahren 1928/29 an eine Pforzheimer Firma 880 Uhren im Gehäuse aus Silber, 1776 im Gehäuse aus unedelm Metall und 8837 Uhrenwerke durch den Berufsschmuggler Jähle nach Basel über die Schweiz schaffen ließ. Die Pforzheimer Firma war 1926 unter Geschäftsaufsicht geraten, und um wieder konkurrenzfähig zu werden, versuchte sie den hohen Zoll, der auf den Schweizer

Uhren liegt, zu umgehen. Den Tatbestand brachte die Korrespondenz ans Tageslicht. Der Fabrikant Kaufmann, der selbst nicht erschienen war, wurde zu einer Geldstrafe von 15 950 M bzw. zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt.

Staatsanzeiger

Buchmacher. Dem Buchmacher Wilhelm Lehmann in Baden-Baden wurde bis zum 31. Dezember 1930 die Erlaubnis erteilt, in Baden-Baden im Hause Vichtentaler Straße 4 — sowie anlässlich der vom Internationalen Club veranstalteten Rennen auf der Rennbahn in Iffezheim — gewerbmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschließen oder zu vermitteln und sich seiner Ehefrau Helene Lehmann geb. Jbach als Buchmachergehilfin zu bedienen. Karlsruhe, den 10. Januar 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Schwarz. Bekanntmachung.

Staatsärztliche Prüfung. Dr. med. Max Reize, prakt. Arzt in Schonach, Amt Willingen, hat die staatsärztliche Prüfung bestanden. Karlsruhe, den 14. Januar 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Arnsperger. Bekanntmachung.

Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Unsere Bekanntmachung über die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die landwirtschaftliche Unfallversicherung vom 27. Dez. 1929 wird dahin ergänzt, daß gemäß § 940 Abs. 2 W.D. die forstwirtschaftlichen Arbeiter, welche im letzten Jahre vor dem Unfall 200 Arbeitstage im Wald aufzuweisen haben, von der Festsetzung durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienste ausgenommen werden. Karlsruhe, den 14. Januar 1930. Bad. Oberversicherungsamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Ernann:

Verwaltungsassistent Albert Simianer in Bruchsal zum Verwaltungsflektor. In den Ruhestand versetzt: Polizeihauptwachmeister Karl Reile in Mannheim. Polizeikommissar Valthasar Fenrich in Heidelberg.

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals R. Schrempf & A. Prink u. G. Karlsruhe

Jahresrechnung auf 31. August 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Eigenschaften	3369 612,—	Altenkapital	2 970 000,—
Abschreibung	167 412,—	Hypothekens Kapital	729 825,44
Maschinen und Geräte	324 911,95	Gesellschaftliche Rücklage	297 000,—
Abschreibung	81 111,95	Sonderrücklage	400 000,—
Vorräte	190 848,—	Haftgeldrechnung	137 406,53
Schuldner	3 770 949,81	R. Schrempf'sche Arbeiter- und Beamtenstiftung	200 875,—
Paffenbestand	13 968,03	Beamten- und Arbeiterunterstützung	129 650,—
		Betriebsparfasse	48 003,11
		verschiedene Gläubiger	1 982 346,67
		Wein-u. Verlustrechnung	
		Vortrag 1.9.28	88 996,64
		Reingew. 28/29	437 862,45
			526 859,09
			7 421 965,84

Gewinn- und Verlustrechnung

Soll:	RM	Haben:	RM
Abschreibungen	248 523,95	Betriebsüberschuß	686 386,40
Reingewinn	437 862,45		686 386,40
	686 386,40		686 386,40

In den Aufsichtsrat wurden wieder gewählt die Herren: Geh. Hofrat Dr. Bink, Karlsruhe (Vorstand), Brauereidirektor Hermann Gaunter, Freiburg i. Br., Kgl. Hptm. Adolf Köber, München, Max Prink, Privat, Karlsruhe, Justizrat Ketterer, Baden-Baden.

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals R. Schrempf & A. Prink u. G. Karlsruhe

Schotter- und Gruslieferung.

Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung des im Jahre 1930 erforderlichen Schotters aus Hartgestein sowie des Gruses u. Feintestes zum Feeren für die Landstraßen unseres Bezirks. Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftsstempel, Karlsruhe, Stephanienstr. 51, zur Einsicht auf, wo auch Angebots-entwürfe erhältlich sind. Zum Eröffnungstermin am 24. Januar, vormittags 10 Uhr, sind die Angebote verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Schotter- und Gruslieferung“ hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 15. 1. 1930. Bad. Wasser- u. Straßenbauamt. Q.36

Q.38. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Müller in Karlsruhe, Kaiserstr. 207, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 7. Februar 1930, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Mademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150. Karlsruhe, 10. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Q.37. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Max Winter in Karlsruhe, Schützenstr. 75, wurde heute, nachmittags 4 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Bücherrevisor Theob. Theisen in Karlsruhe, Kaiserstr. 175, ernannt. Dem Kaufmann Max Winter wurde allgemein verboten, über Vermögensstücke ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Vergleichstermin wurde bestimmt auf Montag, den 10. Februar 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht A 5, Mademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 142. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. Karlsruhe, 13. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

COLOSSEUM
Heute abend 8 Uhr
Premiere
von
Glauer's Royal Midget's Theater
Die kleinsten Menschen der Welt
Außerdem das große Varietéprogramm von Weltruf

Pappelholzverkauf.

Das bad. Rheinbauamt Offenburg verkauft aus dem staatseigenen Rheinwäldchen in 22 Losen rund 280 im Pappelholz. Gemartung Ottenheim und Ottenheim 128 im Pyramidenpappel, Gemartung Rehl 54 im kanadische Pappeln, Gemartung Freieit und Helmlingen 76 im kanadische Pappeln. Angebotswordrucke werden kostenlos abgegeben. Losverzeichnisse können beim Rheinbauamt Offenburg, Wasserbaumeister Gräflin, Rehl, Wasserbaumeister Mager, Freieit, u. Wasserbaumeister Wug in Ottenheim eingesehen und in beschränkter Zahl abgegeben werden. Angebote sind mit der Aufschrift „Angebote für die Holzvergebung“ bis spätestens 26. Januar 1930 beim Rheinbauamt Offenburg, Wilhelmstraße 2, einzureichen. A.110

Ich bin beim Amts- u. Landgericht in Karlsruhe, sowie bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim als **Rechtsanwalt** zugelassen. Mein Büro befindet sich: Karlsruhe, Kaiserstr. 84 11 im Haus Hutgeschäft W. Bauer Fernruf: 3758
Karl Zippelius
Rechtsanwalt
Privatwohnung: Werderplatz 45

Zwangsversteigerung.

Im Zwangsversteigerungsverfahren des Notariats am Mittwoch, den 12. März 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück der Pflanzmeister Friedrich Maepfer Witwe Maria Wilhelmine geb. Kober in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern in Karlsruhe auf Gemartung Karlsruhe.

c) ein 5stöckiges Seitenwohngebäude, links hinter b) angebaut mit Schienenteller und Kniepfod, d) eine 1stöckige Werkstätte im H. Hofe quer u. an c) angebaut mit Schienenteller, e) ein 1stöckiges Wohnhaus mit Schienenteller zwischen a) und b) angebaut. Geschäftliche Verhältnisse ohne Zubehör: 117 000 M, mit Zubehör: 117 100 M. Karlsruhe, 9. 1. 1930. Badisches Notariat IV. — Vollstreckungsgericht —

Badisches Landestheater

Freitag, 17. Januar 1930
Sondermiete „Zeittheater“
3. Vorstellung (der Abteilung I)
Die Dreigroschenoper
Ein Stück mit Musik von Brecht-Weill
Regie: Baumbach
Dirigent: (am Flügel) Reilberth
Mitwirkende:
Bretam, Rademacher, Ziegler, Jan, Brand, Gemmecke, Graf, Herz, Kloebe, Rehner, Müller, Prüiter, Schulze, Kalnbach, Gospar, Gröhinger.
Anfang 20 Ende geg. 23
Kein Kartenerkauf!
Sa. 18. Jan.: Zu halben Preisen: Das Mädchen des Eremiten.
So. 19. Jan.: Nachmittags: Christliches Märchenbuch, Abends: Nigolotto. Im Konzerthaus: Grand Hotel. Mo. 20. Jan.: „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper.

Grundstücksbeschrift:

Grundbuch von Karlsruhe Bd. 183 Heft 16: Lfd. Nr. 3406: 7 a 09 am Hofreite, Gartenstr. Nr. 8; hierauf steht:
a) ein 4stöckiges Wohnhaus mit Schienenteller u. Kniepfod, b) ein vorn 3., hinten 4stöckiges Hinterwohngebäude, Querbau mit Schienenteller. Q.40

Carlsruhe wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

Carlsruhe, 15. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Q.34. Offenburg.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Hoteliers Alfons Schwarz, Offenburg/Baden, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 870,81 M verfügbar. Zu berücksichtigten sind bevorrechtigte Forderungen in Höhe v. 361,84 Reichsmark. Die nichtbevorrechtigten Gläubiger erhalten keine Konkursdividende. Das Schlussverzeichnisse liegt auf der Geschäftsstelle I des Badischen Amtsgerichts Offenburg zur Einsicht auf. Offenburg, 14. 1. 1930. Der Konkursverwalter: W. Sagger.

Inserieren bringt Gewinn!

Q.39. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Holzhandlung Hermann Siebs in